

Amts-Blatt

der Königlichcn Regierung zu Oppeln.

Stück 27.

Ausgegeben Oppeln, den 7. Juli

1893.

Bekanntmachungen für die nächste Nummer sind spätestens bis Mittwoch Nachmittag 5 Uhr der Redaction zuzusenden.

Reichs-Gesetzblatt.

742. Die Nummer 25 des Reichs-Gesetzblatts enthält unter

Nr. 2111 die Bekanntmachung, betreffend die Anwendung der vertragsmäßig für die Nummern 9a, b α , b β , b γ , b ϵ , c, d α , e (Mais) und f (gemälzte Gerste) des deutschen Zolltarifs bestehenden Zollsätze auf die rumänischen Erzeugnisse. Vom 29ten Juni 1893.

Gesetz-Sammlung für die Königlich preussischen Staaten.

739. Die Nummer 18 der Gesetz-Sammlung enthält unter

Nr. 9621 das Gesetz, betreffend Aenderung des Wahlverfahrens. Vom 29ten Juni 1893.

Bekanntmachungen der höchsten Staats-Behörden.

328. Bekanntmachung, den Ankauf von Remonten für 1893 betreffend.

Regierungs-Bezirk Oppeln.

Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei und ausnahmsweise vier Jahren sind im Bereiche des Regierungs-Bezirks Oppeln für dieses Jahr nachstehende, Morgens 8 resp. 9 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

am

24ten Juli Oppeln	8 ^o ,
25ten " Kosel	9 ^o ,
26ten " Adamowitz	
b. Ratibor	9 ^o ,
27ten " Pleß	8 ^o ,
28ten " Fost	8 ^o ,
29ten " Kreuzburg	8 ^o .

Die von der Remonte-Ankaufs-Kommission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort gegen Quittung baar bezahlt.

Pferde mit solchen Fehlern, welche nach den Landesgesetzen den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Auskosten zurückzunehmen, ebenso Krippensezer und Klop-hengste sowie Wallache mit ausgeprägten Pngstmanieren, welche sich in den ersten zehn, beziehungsweise achtund-

zwanzig Tagen nach Einlieferung in den Depots als solche erweisen. Pferde, welche den Verkäufern nicht eigenthümlich gehören, oder durch einen nicht legitimirten Bevollmächtigten der Commission vorgestellt werden, sind vom Kauf ausgeschlossen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jedem verkauften Pferde eine neue starke riadleberne Trense mit starkem Gebiß und eine neue Kopfhalter von Leder oder Hanf mit 2 mindestens zwei Meter langen Stricken ohne besondere Vergütung mitzugeben.

Um die Abstammung der vorggeführten Pferde feststellen zu können, sind die Deckseine resp. Füllenseine mitzubringen, auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife der Pferde nicht zu kupsiren oder übermäßig zu verkürzen. Ferner ist es dringend erwünscht, daß ein zu maffiger oder zu weicher Futterzustand bei den zum Verkauf zu stellenden Remonten nicht stattfindet, weil dadurch die in den Remontedepots vorkommenden Krankheiten sehr viel schwerer zu überstehen sind, als dies bei rationell und nicht übermäßig gefütterten Remonten der Fall ist. Die auf den Märkten vorzustellenden Remonten müssen daher in solcher Verfassung sein, daß sie durch mangelhafte Ernährung nicht gelitten haben und bei der Musterung ihrem Alter entsprechend in Knochen und Muskulatur ausgebildet sind.

Berlin, den 25. Februar 1893

Kriegsministerium. Remontirungs-Abtheilung.

gez. Hoffmann Scholz.

Nr. 351/293 R. A.

733.

Statut

für

die Entwässerungs-Genossenschaft zu Zmielin, im Kreise Pleß.

§. 1 Die Eigenthümer der dem Meliorationsgebiets angehörigen Grundstücke in dem Gemeindebezirke Zmielin waren zu einer Genossenschaft vereinigt, um den Ertrag dieser Grundstücke nach Maßgabe des Meliorationsplanes des Landtechnikers Baedeker zu Nicolai vom 16ten August 1892 und des Nachtrages vom 21sten April 1893 durch Entwässerung zu verbessern.

Das Meliorationsgebiet ist auf dem ein Zubehör des Meliorationsplanes bildenden Karte des Kultur-

technikers Daebeler zu Nicolai vom Jahre 1892 dargestellt, daselbst mit einer Begrenzungslinie in dunkelrother Farbe bezeichnet und bezüglich der beteiligten Besitzstände der Genossenschafts-Mitglieder in den zugehörigen Registern speciell nachgewiesen.

Karte und Register werden mit einem auf das Datum des genehmigten Statuts Bezug nehmenden Beglaubigungsvermerk versehen und bei der Aufsichtsbehörde der Genossenschaft niedergelegt.

Abänderungen des Meliorationsprojekts, welche im Laufe der Ausführung sich als erforderlich herausstellen, können vom Genossenschaftsvorstande beschloffen werden. Der Beschluß bedarf jedoch der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde.

Vor Theilung der Genehmigung sind diejenigen Genossen zu hören, deren Grundstücke durch die veränderte Anlage berührt werden.

§. 2. Die Genossenschaft führt den Namen „Erwerbsgenossenschaft zu Irmelin“ und hat ihren Sitz in Irmelin.

§. 3. Die Kosten der Herstellung und Unterhaltung der gemeinschaftlichen Anlagen werden von der Genossenschaft getragen.

§. 4. Die gemeinschaftlichen Anlagen werden unter Leitung des von dem Vorsitzenden auf Beschluß des Vorstandes angenommenen Meliorations-Technikers ganz oder theilweise in Accord ausgeführt und unterhalten. Die Aufsicht darüber führt der Vorsitzende, die Oberaufsicht die staatliche Aufsichtsbehörde, welche hierzu einen landwirthschaftlichen Sachverständigen zum Commissar bestellen kann. Für die dem von der Genossenschaft etwa zu gewährende Remuneration wird von der staatlichen Aufsichtsbehörde festgesetzt.

§. 5. Das Verhältniß, in welchem die einzelnen Genossen zu den Genossenschaftslasten beizutragen haben, richtet sich nach dem für die einzelnen Genossen aus den Genossenschaftsanlagen erwachsenden Vortheil.

Dieser Vortheil entspricht zur Zeit dem Flächeninhalte der der Genossenschaft angehörigen Grundstücke. Es werden daher die Genossenschaftskosten nach Maßgabe des Flächenmaßes der beteiligten Grundstücke aufgebracht.

§. 6. Die hiernach festzustellenden Beitragslisten sind von dem Vorstande anzufertigen und nach vorgängiger öffentlicher Bekanntmachung der Auslegung vier Wochen lang in der Wohnung des Vorsitzenden zur Einsicht der Genossen auszulegen.

Jedem Genossen steht es frei, mit der Behauptung, daß die aus dem Genossenschaftsunternehmen erwachsenden Vortheile nicht allen Grundbesitzern in gleichem Maße zu Gute kommen, zu verlangen, daß die Höhe seines Beitrages dem wirklichen Vortheile seiner Grundstücke entsprechend festgesetzt werde. Solche Anträge sind bei dem Vorstande anzubringen, gegen dessen Entscheidung binnen zwei Wochen Berufung an die Aufsichtsbehörde zulässig ist. Letztere entscheidet darüber endgültig, kann aber vor der Entscheidung unter ihrer, beziehungsweise eines Commissarius, Leitung durch Sach-

verständige, welche sie ernimmt, im Beisein des Antragstellers und eines Vorstandes-Vertreters eine Untersuchung eintreten lassen. Sind beide Theile mit dem Gutachten der Sachverständigen einverstanden, so wird die Höhe des Beitrages darnach festgestellt. Wird eine Entscheidung erforderlich, so trägt der unterliegende Theil die Kosten. Anträge auf Berichtigung der Beitragslisten sind an keine Frist gebunden.

§. 7. Im Falle einer Parzellirung sind die Genossenschaftslasten nach dem in diesem Statut vorgeschriebenen Vertheilungsmaßstabe durch den Vorstand auf die Trennstücke verhältnißmäßig zu vertheilen. Wegen der Festlegung des Vorstandes ist innerhalb zweier Wochen die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig.

§. 8. Die Genossen sind verpflichtet, die Beiträge in den von dem Vorstande festzusetzenden Terminen zur Genossenschaftskasse abzuführen. Bei verjaumter Zahlung hat der Vorsitzende die fälligen Beiträge beizutreiben.

§. 9. Jeder Genosse hat sich die Einrichtung der nach dem Meliorationsplane in Aussicht genommenen Anlagen, diese Anlagen selbst und deren Unterhaltung, soweit sein Grundbesitz davon vorübergehend oder dauernd betroffen wird, gefallen zu lassen.

Darüber, ob und zu welchem Betrage dem einzelnen Genossen hierfür, unter Berücksichtigung der ihm aus der Anlage erwachsenden Vortheile, eine Entschädigung gebührt, entscheidet, falls sich ein Genosse mit dem Vorsitzenden nicht gütlich verständigen sollte, das nach Vorstufung dieses Statuts zu bestimmtem Schiedsgericht mit Ausschluß des Rechtsweges.

§. 10. Bei Abstimmungen hat jeder beitragspflichtige Genosse mindestens eine Stimme. Im Uebrigen richtet sich das Stimmverhältniß nach dem Verhältnisse der Theilnahme an den Genossenschaftslasten, und zwar in der Weise, daß für je vier Mark Beitrag eine Stimme geachtet wird.

Die Stimmzettel ist demgemäß von dem Vorstande zu entwerfen und nach vorgängiger öffentlicher Bekanntmachung der Auslegung vier Wochen lang zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorsitzenden auszulegen. Anträge auf Berichtigung der Stimmzettel sind an keine Frist gebunden.

§. 11. Der Genossenschafts-Vorstand besteht aus

- a. einem Vorsitzenden,
- b. zwei Repräsentanten der Genossenschafts-Mitglieder.

Die Vorstandsmitglieder bekleiden ein Ehrenamt. Als Ersatz für Auslagen und Zeitversäumnis erhält jedoch der Vorsitzende eine jährliche, von den Repräsentanten zu beschließende und der Genehmigung der Aufsichtsbehörde unterliegende Entschädigung.

In Behinderungsfällen wird der Vorsitzende durch den an Lebenszeit ältesten Repräsentanten vertreten.

Die Mitglieder des Vorstandes nebst zwei Stellvertretern werden von der Generalversammlung auf sechs Jahre nach absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Die Wahl des Vorsitzenden bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde. Wählbar ist jeder

Genosse, welcher den Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte nicht durch rechtskräftiges Erkenntnis verloren hat. Die Wahl der Vorstandsmitglieder wie der Stellvertreter erfolgt in getrennten Wahlhandlungen für jedes Mitglied. Wird im ersten Wahlgange eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so erfolgt eine engere Wahl zwischen denjenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Vorsitzenden zu ziehende Loos.

Im Uebrigen gelten die Vorschriften für Gemeinbewahlen.

§. 12. Die Gewählten werden von der Aufsichtsbehörde durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet.

Zur Legitimation der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter dient das von der Aufsichtsbehörde aufgenommene Verpflichtungsprotokoll.

Soll der Stellvertreter sich darüber ausweisen, daß der Fall der Stellvertretung eingetreten ist, so dient dazu ein Zeugnis der Aufsichtsbehörde.

Der Vorstand hält seine Sitzungen unter Vorsitz des Vorstehers, der gleiches Stimmrecht hat, wie die Repräsentanten und dessen Stimme im Falle der Stimmengleichheit entscheidet.

Zur Gültigkeit der gefassten Beschlüsse ist es erforderlich, daß die Repräsentanten unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung geladen und daß mit Einschluß des Vorstehers mindestens zwei Drittel der Vorstandsmitglieder anwesend sind. Wer am Erscheinen verhindert ist, hat dies unverzüglich dem Vorsteher anzuzeigen. Dieser hat alsdann einen Stellvertreter zu laden.

§. 13. Soweit nicht in diesem Statute einzelne Verwaltungsbefugnisse dem Vorstande oder der Generalversammlung vorbehalten sind, hat der Vorsteher die selbstständige Leitung und Verwaltung aller Angelegenheiten der Genossenschaft.

Insbefondere liegt ihm ob:

- a. die Ausführung der gemeinschaftlichen Anlagen nach dem festgestellten Meliorationsplan zu veranlassen und zu beaufsichtigen;
- b. über die Unterhaltung der Anlagen, sowie über die Grabenräumung, mit Zustimmung des Vorstandes die nöthigen Anordnungen zu treffen und die etwa erforderlichen Ausführungsvorschriften zu erlassen;
- c. die vom Vorstande festgesetzten Beiträge auszusprechen und einzuziehen, die Zahlungen auf die Kasse anzuweisen und die Kassenverwaltung mindestens zweimal jährlich zu revidiren;
- d. die Voranschläge und Jahresrechnungen dem Vorstande zur Festsetzung und Abnahme vorzulegen;
- e. die Unterbeamten der Genossenschaft zu beaufsichtigen, die Unterhaltung der Anlagen zu kontrolliren und in den Monaten April und October jeden Jahres unter Zuziehung von zwei Repräsentanten die Schur abzuhalten;
- f. die Genossenschaft nach Außen zu vertreten, den Schriftwechsel für die Genossenschaft zu führen und die Urkunden derselben zu unterzeichnen. Zur Abschließung von Verträgen hat er die Genehmigung

des Vorstandes einzuholen. Zur Gültigkeit der Verträge ist diese Genehmigung nicht erforderlich; g. die nach Maßgabe dieses Statuts und der Ausführungsvorschriften von ihm angedrohten und festgesetzten Ordnungsstrafen, die den Betrag von 30 Mark jedoch nicht übersteigen dürfen, zur Genossenschaftskasse einzuziehen.

§. 14. Die Verwaltung der Kasse führt ein Rechner, welcher von dem Vorstande auf sechs Jahre gewählt und dessen Remuneration vom Vorstande festgestellt wird. Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Entlassung des Rechners wegen mangelhafter Dienstführung anordnen.

§. 15. Ueber die etwa erforderliche Anstellung eines Wärters oder sonstiger Unterbeamten, sowie über die denselben zu gewährenden Löhnung beschließt der Vorstand. Der Beschluß bedarf der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde.

§. 16. Der gemeinsamen Beschlussfassung der Genossen unterliegen:

- 1) die Wahl der Vorstandsmitglieder und deren Stellvertreter;
- 2) die Wahl der Schiedsrichter und deren Stellvertreter;
- 3) die Abänderung des Statuts.

§. 17. Die erste zur Bestellung des Vorstandes erforderliche Generalversammlung beruft die Aufsichtsbehörde, welche auch zu den in dieser Versammlung erforderlichen Abstimmungen eine vorläufige Stimmliste nach den Flächenangaben des Grundstücksregisters des Genossenschaftsgebietes aufzustellen hat.

Die weiteren Generalversammlungen sind in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen (§. 60 des Gesetzes vom 1sten April 1879), mindestens aber alle fünf Jahre durch den Vorsteher zusammenzuberufen.

Die Einladung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung durch ein öffentlich bekannt zu machendes Aus Schreiben der Genossenschaft und außerdem durch ortsübliche Bekanntmachung in denjenigen Gemeinden, deren Bezirk dem Genossenschaftsgebiet ganz oder theilweise angehört.

Zwischen der Einladung und der Versammlung muß ein Zwischenraum von mindestens 2 Wochen liegen.

Die Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

Der Vorsteher führt den Vorsitz.

Die Generalversammlung kann auch von der Aufsichtsbehörde zusammenberufen werden. In diesem Falle führt sie, beziehungsweise der von ihr ernannte Kommissar, den Vorsitz.

§. 18. Die Streitigkeiten, welche zwischen Mitgliedern der Genossenschaft über das Eigenthum an Grundstücken, über die Zuständigkeit oder den Umfang von Grundgerechtigkeiten oder anderen Nutzungsrechten oder über besondere, auf speciellen Rechtstiteln beruhende Rechte und Verbindlichkeiten der Parteien entstehen, gehören zur Entscheidung der ordentlichen Gerichte.

Dagegen werden alle anderen Beschwerden, welche die gemeinsamen Angelegenheiten der Genossenschaft oder die vorgebliche Beeinträchtigung einzelner Genossen in ihren durch das Statut begründeten Rechten betreffen, von dem Vorsteher untersucht und entschieden, soweit nicht nach Maßgabe dieses Statuts oder nach gesetzlicher Vorschrift eine andere Instanz zur Entscheidung berufen ist.

Gegen die Entscheidung des Vorstehers steht, sofern es sich nicht um eine der ausschließlichen Zuständigkeit anderer Behörden unterliegend Angelegenheit handelt, jedem Theile die Anrufung der Entscheidung eines Schiedsgerichts frei, welche binnen 2 Wochen, von der Bekanntmachung des Bescheides an gerechnet, bei dem Vorsteher angemeldet werden muß. Die Kosten des Verfahrens sind dem unterliegenden Theile aufzuerlegen.

Das Schiedsgericht besteht aus einem Vorsitzenden, welchen die Aufsichtsbehörde ernennt, und aus zwei Beisitzern.

Die Letzteren werden nebst zwei Stellvertretern von der Generalversammlung nach Maßgabe der Vorschriften dieses Statuts gewählt. Wählbar ist jeder, der in der Gemeinde seines Wohnorts zu den öffentlichen Gemeindegliedern wählbar und nicht Mitglied der Genossenschaft ist.

Wird ein Schiedsrichter mit Erfolg abgelehnt, so ist der Ersatzmann aus den gewählten Stellvertretern oder erforderlichen Falles aus den wählbaren Personen durch die Aufsichtsbehörde zu bestimmen.

§ 19. Die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen sind unter ihrem Namen (§. 2) zu erlassen und vom Vorsteher zu unterzeichnen.

Die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen der Genossenschaft werden in das Kreisblatt zu Pless aufgenommen.

§. 20. Soweit die Aufnahme neuer Genossen

nicht auf einer, dem §. 69 des Gesetzes vom 1sten April 1879 entsprechenden rechtlichen Verpflichtung beruht, kann sie auch als ein Akt der Vereinbarung auf den Antrag des Aufzunehmenden durch einen, der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedürftigen Vorstandsbeschluss erfolgen.

§. 21. Zur Ausführung des im §. 1 bezeichneten Unternehmens soll für die Genossenschaft die Gewährung eines Staatsdarlehns aus dem durch das Gesetz vom 23ten Februar 1881, betreffend die Verwendung von Staatsmitteln zur Hebung der wirtschaftlichen Lage in den nothleidenden Theilen des Regierungsbezirks Oppeln (Gesetz-Sammlung Seite 25) zur Verfügung gestellten Fonds erbeten werden. Die Vereinbarung mit der Staatsregierung über die näheren Bedingungen des Darlehns, insbesondere über die Höhe desselben, über die der Genossenschaft zu gewährenden Freijahre, über die Verzinsungs- und Rückzahlungsbedingungen und über die etwa von der Staatsregierung der Genossenschaft beziehungsweise deren Organen gegenüber für den Landrath oder andere Behörden beanspruchten, in diesem Statut und den Gesetzen nicht vorgesehenen besonderen Aufsichtsbefugnisse bleibt dem Vorstande überlassen, wogegen die Vollziehung der Schulburlunde durch den Vorsteher erfolgt.

Vorstehendes Statut wird, nachdem die Betheiligten demselben zugestimmt haben, auf Grund des §. 57 des Gesetzes vom 1sten April 1879, betreffend die Bildung von Wassergenossenschaften, hiermit genehmigt. Berlin, den 21. Juni 1893.

(L. S.)

Der Minister

für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Im Auftrage. Dr. Thiel.

Genehmigung. I. 13 330.

724. Gemäßheit der Vorschrift im §. 4 Absatz 1 des Gesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung der Reblauskrankheit, vom 3ten Juli 18-3 (Reichs-Gesetzblatt S. 149) wird nachstehend ein neues Verzeichniß der in den Weinbaugebieten des Reichs gebildeten Weinbaubezirke bekannt gemacht. Die früheren Bekanntmachungen treten hierdurch außer Kraft.

Bundesstaat und Verwaltungsbezirk.	Laufende Nr.	Umfang des Weinbaubezirks.	Namen des Weinbaubezirks.
I. Preußen.			
Reg.-Bez. Posen.	1.	Kreise Bomst, Buk, Kosen und Meseritz.	Kosen.
" Liegnitz und Frankfurt.	2.	Regierungsbezirk Liegnitz mit den zur Provinz Brandenburg gehörigen Gemarkungen Grossen a. D., Merzdorf, Berg, Hundsbelle, Ruzdorf, Deutsch- und Wendisch-Sagar, Gersdorf, Tschauendorf, Thiemendorf, Plau, Grunow, Logau und Tschierzig.	Liegnitz.
" Breslau.	3.	Regierungsbezirk Breslau.	Breslau.
" Oppeln.	4.	" Oppeln.	Oppeln.
" Merseburg.	5.	Kreise Quersfurt, Raumburg, Weissenfels.	Raumburg.
" ".	6.	Kreis Schweinitz.	Schweinitz.
" Erfurt und Merseburg.	7.	Stadtkreis Erfurt, Landkreise Erfurt, Langensalza, Weissen- see und Eckartsberga.	Erfurt.

Bundesstaat und Verwaltungsbezirk.	Lan- fende Nr.	Umfang des Weinbaubezirks	N a m e n des Weinbaubezirks.
Reg.-Bez. Potsdam u.	8.	Provinz Brandenburg mit Ausschluß der unter Nr. 2 ge- nannten Gemarkungen.	Brandenburg.
" Frankfurt.	9.	Stadt- und Landkreis Hanau mit Ausschluß der Gemarkung Langenselbold.	Hanau.
" " "	10.	Kreis Gelnhausen und die Gemarkung Langenselbold (Land- kreis Hanau).	Gelnhausen.
" Wiesbaden.	11.	Stadt- und Landkreis Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
" " "	12.	Gemarkungen Neuenhain, Altenhain, Cronberg, (Obertaunus- kreis) und Soden (Kreis Höchst).	Neuenhain.
" " "	13.	Gemarkungen Hofheim, Vörsbach, Marzheim (Kreis Höchst) und Diedenbergen (Landkreis Wiesbaden).	Diedenbergen
" " "	14.	Gemarkungen Weilbach, Flörsheim, Wicker und Massen- heim (Landkreis Wiesbaden).	Wicker.
" " "	15.	Gemarkung Hochheim.	Hochheim.
" " "	16.	Gemarkungen Delfenheim, Nordenstadt, Wallau und Brecken- heim (Landkreis Wiesbaden).	Wallau.
" " "	17.	Gemarkungen Igstadt, Kloppenheim, Erbenheim (Landkreis Wiesbaden).	Igstadt.
" " "	18.	Stadtkreis Wiesbaden.	Wiesbaden.
" " "	19.	Gemarkungen Wiebich-Mosbach, Dohheim, Frauenstein, Schierstein (Landkreis Wiesbaden).	Frauenstein.
" " "	20.	Gemarkungen Niederwalluf, Oberwalluf, Neudorf, Rauen- thal, Eltvile, Riedrich (Kreis Rheingau).	
" " "	21.	Gemarkungen Erbach, Hattenheim, Hallgarten, Destrach (Kreis Rheingau).	Destrach.
" " "	22.	Gemarkungen Mittelheim, Winkel, Johannisberg (Kreis Rheingau).	Winkel.
" " "	23.	Gemarkungen Geisenheim, Eibingen, Rüdesheim (Kreis Rheingau).	Geisenheim.
" " "	24.	Gemarkungen Althausen, Aßmannshausen (Kreis Rhein- gau).	Aßmannshausen.
" " "	25.	Gemarkungen Vorch, Vorchhausen, Breßberg (Kreis Rheingau).	Vorch.
" " "	26.	Gemarkungen Caub, Dörscheid (Kreis St. Goarshausen).	Caub.
" " "	27.	Gemarkungen Bornich, Patersberg, St. Goarshausen, Vierschied, Nochern, Wellmich (Kreis St. Goarshausen).	St. Goarshausen.
" " "	28.	Gemarkungen Ehrenthal, Restert, Camp, Filsen, Osterspai (Kreis St. Goarshausen).	Camp.
" " "	29.	Gemarkungen Braubach, Oberlahnstein, Niederlahnstein (Kreis St. Goarshausen).	Oberlahnstein.
" " "	30.	Gemarkungen Fackbach (Kreis St. Goarshausen), Ems, Dausenau, Nassau, Weinaehr, Obernhof, Seelbach (Unterlahnkreis).	Nassau.
" " "	31.	Gemarkungen Balduinstein, Geilnau, Langenscheid (Unter- lahnkreis).	Balduinstein.
" " "	32.	Gemarkungen Schadeck, Kunkel, Billmar (Oberlahnkreis), Niederbrechen, Oberbrechen, Eifenbach (Kreis Limburg).	Kunkel.
" " "	33.	Kreis Düren.	Düren.
" " "	34.	Stadt- und Landkreis Bonn, Kreis Rheinbach und Siegkreis.	Bonn.
Reg.-Bez. Coblenz.	35.	Kreis Weylar.	Weylar.
" " "	36.	Kreis Neuwied und die Bürgermeistereien Ehrenbreitstein, Wendorf und Vallendar (Stadt und Land) des Land- kreises Coblenz.	Neuwied.

Bundesstaat und Verwaltungsbezirk.	Laufende Nr.	Umfang des Weinbaubezirks.	Namen des Weinbaubezirks.
Reg.-Bez. Coblenz.	37.	Kreise Ahrweiler, Aidenau und Mayen, letzterer mit Aus- schluß der Bürgermeistereien Polch und Münstermaifeld.	Ahrweiler.
" "	38.	Kreis St. Goar mit Ausschluß der Bürgermeisterei Broden- bach, sowie die Gemarkungen Capellen und Rhens des Landkreises Coblenz.	St. Goar.
" Coblenz und Trier.	39.	Kreise Zell und Cochem, Bürgermeistereien Polch und Münstermaifeld des Kreises Mayen, Bürgermeisterei Brodenbach des Kreises St. Goar, Bürgermeisterei Win- ningen, sowie Gemarkungen Moselweiß und Metternich des Landkreises Coblenz, Stadtkreis Coblenz, ferner Gemarkungen Reil, und Kövenich des Kreises Wittlich (Reg.-Bez. Trier).	Cochem.
" Coblenz.	40.	Kreise Kreuznach, Meisenheim und Simmern.	Kreuznach.
" Trier.	41.	Kreise St. Wendel, Saarbrücken, Saarlouis und Merzig.	Saarbrücken.
" " "	42.	Kreise Wittburg, Gemarkungen Perl, Besch, Nennig, Kreuz- weiler, Palzem, Hefant, Wehr, Wincheringen, Rehlingen a. Mosel, Mittel, Wellen und Temmel des Kreises Saar- burg, Gemarkungen Oberbillig, Igel, Liersberg, Langlar, Mesenich, Grevenich, Mezdorf, Wintersdorf, Ralingen, Ebingen, Menningen und Minden des Landkreises Trier.	Wincheringen.
" " "	43.	Stadtkreis Trier, Gemarkungen Oberemmel, Krettnach, Obermennig, Niedermennig, Kommlingen, Merzlich, Konz, Fitzlen, Hamm, Cönen, St. Mathias, Medard-Feyen, Heiligkreuz, Dlewig, Klärenz, Euren, Sommerau, Kern- scheid, Trisch, Gusterath, Plunwig, Corlingen, Filsch, Waldrach, Casel, Mertesdorf, Eitelbach, Ruwer-Maximin, Ruwer-Paulin, Pfalzel und Ehrang des Landkreises Trier, Gemarkungen Castel, Crutweiler, Serrig, Trisch, Beurig, Saarburg, Niederlanken, Dffen, Schoden, Ayl, Bibelhausen, Wawern, Wiltigen und Canzem des Kreises Saarburg.	Trier.
- Reg.-Bez. Trier.	44.	Kreis Berncastel, Kreis Wittlich mit Ausschluß der Gemar- kungen Reil und Kövenich, sowie die Gemarkungen Kenn, Schweich, Longuich, Fastrau, Fell, Longen, Voersch, Mehring, Boelich, Schleich, Gusch, Befond, Dezem, Thörnich, Clüsserath, Köwerich, Leinen und Trittenheim des Landkreises Trier.	Berncastel.
II. Bayern.			
Reg.-Bez. Pfalz.	1.	Bezirksämter Neustadt a. H., Landau und Bergzabern, ferner die Gemeinde Lambshheim, Bezirksamts Frankenthal.	Neustadt a. H. — Landau—Berg- zabern.
" "	2.	Bezirksämter Germersheim und Speyer.	Germersheim — Speyer.
" "	3.	Bezirksamt Frankenthal mit Ausnahme der Gemeinde Lambshheim, die Bezirksämter Kirchheimbolanden und Rufel, ferner die Amtsgerichtsbezirke Otterberg und Winnweiler.	Frankenthal — Kirchheim- bolanden — Rufel.
" "	4.	Bezirksamt Zweibrücken.	Zweibrücken.

Bundesstaat und Verwaltungsbezirk.	Tau- fende Nr.	Umfang des Weinbaubezirks.	N a m e n des Weinbaubezirks.
Reg.-Bez. Unterfranken, bezw. Mittelfranken und Oberfranken.	5.	Sämmtliche Bezirksämter und unmittelbaren Städte des Regierungsbezirks Unterfranken und Aschaffenburg, ferner vom Regierungsbezirk Oberfranken: die Stadt Bamberg und die Bezirksämter Bamberg I und II, Forchheim und Staffelstein, endlich vom Regierungsbezirk Mittelfranken: die Stadt Rothenburg a. T., sowie die Bezirksämter Rothenburg a. T., Scheinfeld und Uffenheim.	Unterfranken.
Reg.-Bez. Schwaben. III. Königreich Sachsen. Kreishauptmannschaft Dresden.	6.	Bezirksamt Lindau.	Lindau.
Kreishauptmannschaft Leipzig.	1.	Amtshauptmannschaftliche Bezirke Grobshain, Meißen, Dresden-Alttadt, Dresden-Neustadt und Pirna, sowie Stadtbezirk Dresden.	
IV. Württemberg. Donaukreis. Tagstkreis.	2.	Amtshauptmannschaftliche Bezirke Oshatz und Grimma.	
Verschiedene Kreise.	1.	Oberamtsbezirke Ravensburg und Tettnang.	
	2.	Oberamtsbezirk Mergentheim mit Auschluss der Gemein- demarkung Kengershausen, ferner die zu dem Oberamt Gerabronn gehörigen Gemeindegemarkungen Oberstetten, Niederstetten und Wildenthierbach.	
	3.	Oberamtsbezirke Rottenburg, Tübingen, Herrenberg, Reut- lingen, Urach, Nürtingen, Kirchheim, Eßlingen, Cannstadt, Waiblingen, Schorndorf, Welzheim, Backnang, Marbach, Ludwigsburg, Stuttgart Stadt, Stuttgart Amt, Leonberg, Calw, Neuenbürg, Baihingen Maulbronn, Brackenheim, Besigheim, Heilbronn, Neckarsulm, Weinsberg, Dehringen, Hall, Künzelsau, sowie die Gemeindegemarkungen Vöcklingen und Langenburg, Oberamts Gerabronn, und die Gemeindegemarkung Kengershausen, Oberamts Mergentheim.	
V. Baden.	1.	Kreis Mosbach.	
	2.	Kreise Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe.	
	3.	Kreise Baden und Offenburg.	
	4.	Kreise Freiburg und Lörrach.	
	5.	Kreis Waldshut.	
	6.	Kreis Konstanz.	
VI. Hessen.	1.	Provinz Rheinhessen mit Ausnahme der Gemarkungen Kastel und Kostheim.	
	2.	Provinz Starkenburg.	
	3.	Provinz Oberhessen.	
	4.	Die Gemarkungen Kastel und Kostheim der Provinz Rhein- hessen.	
VII. Sachsen-Weimar.	1.	Das ganze Gebiet des Großherzogthums.	
VIII. Oldenburg. (Fürstenthum Birkenfeld)	1.	Bürgermeisterei Herrstein.	
IX. Sachsen-Meiningen. Kreis Saalfeld.	1.	Die Gemeinden Oberpreilipp und Unterpreilipp im Amts- bezirk Saalfeld.	

Bundesstaat und Verwaltungsbezirk.	Lau- fende Nr.	Umfang des Weinbaubezirks.	Namen des Weinbaubezirks.
Kreis Saalfeld.	2.	Die Gemeinden Dämpling, Camburg, Rodamenschel, Wichmar, Döbritschen, Eckelstädt, Schmiedehausen, Raatschen, Unterneusulza, Müchengoßerstädt, Stöben und Weichau im Amtsgerichtsbezirk Camburg.	Königsberg in Franken.
X. Sachsen-Koburg und Gotha.	1.	Die Ortschaften Königsberg und Nassach.	
XI. Elsaß-Lothringen.	1.	Bezirk Unter-Elsaß mit Ausschluß der Gemarkungen der Gemeinden Rinzheim und Orschweiler, sowie der am rechten Ufer des Rheines gelegenen Theile der Gemarkungen der Gemeinden Schlettstadt und Reutenholz.	
	2.	Diejenigen Theile der Kreise Gebweiler, Colmar und Rappoltzweiler, welche östlich von der Eisenbahn von Straßburg nach Basel liegen, sowie der Bann der Gemeinde Bollweiler.	
	3.	Die übrigen Theile der Kreise Gebweiler, Colmar und Rappoltzweiler, sowie die unter 1. aufgeführten Gemarkungen des Bezirks Unter-Elsaß.	
	4.	Die Kreise Mülhausen, Altkirch und Thann.	
	5.	Bezirk Lothringen.	

Berlin, den 5. Mai 1893.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: v. Voetticher.

Dies wird unter Bezugnahme auf die im Amtsblatt pro 1884 Stück 31 Seite 297 Nr. 709 veröffentlichte Uebersicht der Weinbaubezirke hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Oppeln, den 24. Juni 1893.

Der Regierungs-Präsident. J. W. Bix.

Bekanntmachung der Königl. Regierung.

732. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß in der Stadt Ujest **am 10ten Juli d. Js.** in Verbindung mit dem an diesem Tage dort stattfindenden Viehmarkt ein Krammarkt abgehalten werden wird.

Oppeln, den 28. Juni 1893.

Der Regierungs-Präsident.
von Bitter.

743. Bekanntmachung,

betreffend die Einfuhr von lebenden Rindern und Schweinen aus Oesterreich-Ungarn.

Im Einverständniß mit dem Herrn Reichskanzler ist von dem Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten gestattet worden, daß künftighin die Einfuhr sowohl von lebenden Rindern als auch von lebenden Schweinen aus Oesterreich-Ungarn, beziehungsweise aus der Contumaz-Anstalt zu Wiener-Neustadt gleichmäßig in dieselben öffentlichen, veterinärpolizeilich überwachten Schlachthäuser zum Zweck der sofortigen Abschlachtung stattfinden kann.

In welche deutschen Städte hiernach die Einfuhr zugelassen ist, ist aus dem nachstehend abgedruckten Verzeichnisse zu ersehen, in welchem die theilhaftigen Städte des hiesigen Regierungsbezirkes mit gesperrtem

Druck kenntlich gemacht sind. Auch sind am Schlusse des Verzeichnisses diejenigen bairischen Städte angeführt, in deren Schlachthäuser entweder nur österreichisch-ungarische Rinder oder nur österreichisch-ungarische Schweine eingeführt werden dürfen.

Die sonstigen Bedingungen und Beschränkungen für die Einfuhr von lebendem Vieh aus Oesterreich-Ungarn, sowie die für die einzelnen Städte des Regierungsbezirkes genehmigte Einfuhr von österreichisch-ungarischen Schweinen aus dem freien Verkehre (Verordnung vom 26. August 1890 Cyt.blatt zum Amtsblatt 1890 Stück 34) werden durch vorstehende Aenderung nicht berührt.

Oppeln, den 8. Juli 1893.

Der Regierungs-Präsident.

von Bitter.

Verzeichniß

derjenigen Städte, in deren Schlachthäuser die Einfuhr von Rindern und Schweinen aus Oesterreich-Ungarn gestattet ist.

— Zur Zeit ist die Einfuhr von Rindern aus den allmonatlich veröffentlichten Sperrgebieten, in denen die Lungenseuche herrscht, gänzlich verboten, und die Einfuhr von Schweinen nur aus der Contumaz-Anstalt in Wiener-Neustadt gestattet. —

Namen der Städte.

Amberg, Annaberg, Aschaffenburg, Augsburg,

Ballenstedt, Baugen, Bayreuth, Bensheim, Berlin, Bernburg, Beuthen O.S., Bielefeld, Bochum, Brandenburg a./H., Braunschweig, Bremen, Breslau, Bregenz, Bromberg, Bunzlau, Cannstatt, Cassel, Celle, Chemnitz, Coblenz, Coburg, Colmar, Cosel, Cöln a./Rh., Crefeld, Darmstadt, Dessau, Dortmund, Döbeln, Dresden, Düsseldorf, Eisenach, Eisleben, Elberfeld, Erfurt, Etzlangen, Eichwege, Essen, Eßlingen, Forst, Frankfurt a./O., Frankfurt a./M., Freiburg i./Schl., Freiburg (Breisgau), Fürth, Fulda, Gelmweiler, Gelsenkirchen, Gießen, Gleiwitz, Gmünd, Gnesen, Göppingen, Görtz, Göttingen, Goldberg, Gotha, Greifswald, Grottkau, Grünberg, Güstrow, Guben, Hagenau, Hamburg, Hagen i./W., Halberstadt, Halle a./S., Hannover, Hannover-Linden, Haynau, Heidenheim, Heilbronn, Herford, Hersfeld, Hildburghausen, Hildesheim, Hirschberg, Hof, Inowrazlaw, Jericho, Jauer, Jena, St. Johann, Karlsruhe, Kattowitz, Konstantz, Koschmin, Kottbus, Kottbus, Kreuzburg O.S., Krottschin, Kulm, Landsberg a./W., Landeshut, Landeshut, Lauban, Laufen, Leipzig, Lennep, Leobschütz, Liegnitz, Lindau, Lippstadt, Lissa i./W., Lübeck, Ludwigsb., Ludwigslust, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Markirch, Merane, Meiningen, Memmingen, Metz, Minden i./W., Mühlhausen i./E., München, München—Glabach, Münden i./H., Münster i./W., Myslowitz, Naumburg a./S., Neisse, Neumarkt i./S., Neurode, Neustadt O.S., Neuwied, Nürnberg, Oberglogau, Offenbach, Oppeln, Osterode a./H., Ostrow, Paderborn, Passau, Prenzlau, Rappoltswiler, Ratibor, Regensburg, Reichenbach u./Sule, Reichenbach i./B., Remscheid, Reutlingen, Rostock, Rudolfsstadt, Rybnitz, Salsfeld, Saarbrücken, Sagan, Samter, Schneidemühl, Schwaan, Schwerin, Siegen, Sonneberg, Sorau, Spandau, Spremberg, Sprottau, Staßfurt, Stendal, Stolp, Stralsund, Stralsburg i./E., Strehlen, Striegau, Stuttgart, Sulz O./Elb., Suhl, Tarnowitz, Tann, Thorn, Torgau, Tuttlungen, Ulm, Wildenburg, Warburg, Waren, Weimar, Weiskopf i./Th., Wiesbaden, Wiemar, Witten, Wittenberge, Würzburg, Zabern, Zeitz, Zittau.

Außerdem dürfen in die Schlachthäuser der Städte:

Bamberg, Burghausen, Ingolstadt, Kaiserlautern, Kempten, Ludwigshafen, Rosenheim und Neu-Ulm, ausschließlich Rinder, und in die Schlachthäuser der Städte: Kulmbach, Reichenhall und Wunsiedel, ausschließlich Schweine eingeführt werden.

734. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ist die hieher zur katholischen Pfarrei Grottkau gehörende Filialgemeinde Enderdorf, bestehend aus Rittersau und Dorf Enderdorf, zur selbstständigen Pfarrgemeinde erhoben worden.

Oppeln, den 24. Juni 1893.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

698. In Gemäßheit des § 5 des Geschäftserregulativs

für die Bezirksausschüsse vom 28ten Februar 1884 bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der Bezirks-Ausschuß zu Oppeln während der Zeit vom 21ten Juli bis 1ten September d. Js. Ferien hält und daß während dieser Ferien Termine zur mündlichen Verhandlung nur in schleunigen Sachen abgehalten werden.

Auf den Lauf der gesetzlichen Fristen bleiben die Ferien ohne Einfluß.

Oppeln, den 19. Juni 1893.

Der Vorsitzende des Bezirksausschusses.

Regierungs-Präsident von Bitter.

737. Nachdem die Betheiligten beschloffen haben, daß die Parzelle Grundbuchblatt Nr. 8 Moschen im Flächeninhalte von 15 ar 80 qm von dem Gemeindebezirk Krobusch abgezweigt und dem Gutsbezirk Krobusch einverbleibt wird, genehmigt der Kreis-Ausschuß hiermit auf Grund des §. 2 Nr. 4 der Landgemeindeordnung vom 3ten Juli 1891 die dadurch eintretende Veränderung der Grenzen des Dominal- und Gemeindebezirks Krobusch.

Neustadt O.S., den 20. Juni 1893.

Der Kreis-Ausschuß.

gez. von Sydow. Häbner. Finsterbusch.

686.

Statut

für den Gesamt-Armenverband Mittel-Lagiewnik.

§. 1. Die Gemeinde Mittel-Lagiewnik und der Gutsbezirk Mittel-Lagiewnik werden zu einem einheitlichen Gesamt-Armenverband mit dem Sitz der Verwaltung in Mittel-Lagiewnik verbunden. (§ 6 des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 3ten Juni 1870; §§. 9 ff. des Ausführungs-Gesetzes vom 8ten März 1871, bezw. §§. 131 ff. der Landgemeindeordnung vom 3ten Juli 1891).

§. 2. Die Vertretung des Gesamt-Armenverbandes (Verbands-Ausschuß) besteht aus 3 Abgeordneten der Gemeinde Mittel-Lagiewnik und aus 2 Abgeordneten des Gutsbezirks Mittel-Lagiewnik.

§. 3. Abgeordnete der Gemeinde sind:

a. der Gemeindevorsteher,

b. 2 von der Gemeindevertretung auf 6 Jahre zu wählende Personen. Wählbar ist jedes zur Uebernahme des Amtes als Gemeindevorordneter befähigte Gemeindeglied. Die Ausscheidenden bleiben bis zum Eintritt der Neugewählten in Thätigkeit. Der Auftrag erlischt, wenn die Bedingungen der Wählbarkeit nicht mehr vorhanden sind.

§. 4. Abgeordneter des Gutsbezirks ist der Gutsbesitzer, welcher 2 Stimmen zu führen hat.

§. 5. Der Gutsbesitzer kann statt seiner einen Stellvertreter entsenden.

§. 6. Als Abgeordnete des Gutsbezirks und als Stellvertreter derselben werden nur volljährige Personen männlichen Geschlechts zugelassen, welche die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen.

§. 7. Der Verbands-Ausschuß wählt einen Vorsteher und einen Stellvertreter den Vorsteher in der Re-

gel aus seiner Mitte. Verbandsvorsteher können nur solche Personen sein, bei welchen die Voraussetzungen zur Uebernahme des Amtes als Gemeinde- oder Gutsvorsteher vorliegen. Dem Vorsteher kann eine Dienstkosten-Entschädigung gewährt werden.

§. 8. Die Wahl des Verbandsvorsteher bedarf, wenn der Gewählte nicht zugleich Gemeinde-, Guts- oder Amtsvorsteher ist, der Bestätigung durch den Landrath unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des §. 84 der Landgemeindeordnung vom 3ten Juli 1891.

Wird gegen die Gültigkeit der Wahl eines Verbandsvorstehers, welcher nach der vorstehenden Bestimmung einer besonderen Bestätigung nicht bedarf, Einspruch erhoben, so entscheidet hierüber die Versammlung der Verbandsmitglieder. Gegen den Beschluß findet Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt.

§. 9. Der Verbandsausschuß versammelt sich in dem von ihm zu bestimmenden Lokale innerhalb des Verbandsbezirks, so oft er vom Vorsteher berufen wird.

Der Vorsteher ist zur Berufung verpflichtet, wenn ein oder mehrere zur Führung von 2 Stimmen berechnete Mitglieder es verlangen.

Der Verbandsausschuß beschließt nach Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorstehers den Ausschlag.

Bei Wahlen wird nach Maßgabe der Gemeindeverfassung verfahren.

§. 10. Dem Verbandsausschuß stehen in Beziehung auf die Verwaltung der gemeinsamen Armenpflege die Rechte der Gemeindevertretung, dem Vorsteher aber die Rechte des Gemeindevorstehers zu.

Der Vorsteher bringt die Beschlüsse zur Ausführung und führt unter seiner Unterschrift die laufende Correspondenz. Er vertritt den Gesamt-Armenverband nach außen. Zu Urkunden, durch welche der Verband rechtliche Verpflichtungen übernehmen soll, ist die Mitunterschrift noch eines Mitgliedes erforderlich.

§. 11. Insofern die Einnahmen aus Armenfonds oder Armengefallen zur Deckung der Kosten der gemeinsamen Armenpflege nicht ausreichen, erfolgt die Verteilung dieser Kosten auf die Gemeinde Mittel-Lagiewnik einerseits, und auf den Gutsbezirk Mittel-Lagiewnik andererseits, nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 10 des Gesetzes vom 8ten März 1871, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungs-Wohnsitz.

§. 12. Der hiernach sich ergebende Antheil der Gemeinde Mittel-Lagiewnik wird innerhalb der letzten nach Maßgabe der Gemeindeverfassung von der Gemeindebehörde vertheilt und an die Kasse des Gesamt-Armen-Verbandes abgeführt. Ueber die Führung der Kasse wird von dem Verbandsausschuß Beschluß gefaßt.

§. 13. Hinsichtlich des auf den Gutsbezirk Mittel-Lagiewnik fallenden Antheils kommt der § 8 des Gesetzes vom 8ten März 1871 zur Anwendung.

§. 14. Auf Beschwerden und Einsprüche betreffend:

- 1) das Recht zur Mitbenutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Verbandes,
- 2) die Heranziehung der einzelnen Gemeinden und selbstständigen Gutsbezirke zu den Beiträgen für Verbandszwecke,

beschließt der Verbandsvorsteher.

Die Rechtsmittel und das Verfahren ergeben sich nach §§. 9 und 38 der Landgemeindeordnung vom 3ten Juli 1891.

§. 15 Das gegenwärtige Statut kann durch verfassungsmäßigen, vom Kreisausschuß bestätigten Beschluß des Gesamt-Armenverbandes, in Ermangelung eines solchen Beschlusses aber nur gemäß den Vorschriften der §§. 128, 137 der Landgemeindeordnung vom 3ten Juli 1891 abgeändert werden.

Mittel-Lagiewnik, den 12. Februar 1893.

Für den Gutsbezirk Mittel-Lagiewnik.
Birnbäum.

Für den Gemeindebezirk Mittel-Lagiewnik.

J. Rag. Zwonek. Dworakof.

Die Verbindung von Gut und Gemeinde Mittel-Lagiewnik zu einem Gesamt-Armenverband nach Maßgabe des vorliegenden Statuts wird gemäß § 128 der Landgemeindeordnung vom 3ten Juli 1891 beschlossen.

Deuthen D.S., den 21. März 1893.

Der Kreisausschuß.

Wiesand.

723.

Statut

für den Gesamtarmenverband Krzanowiz.

Von der Gemeinde Krzanowiz und dem Gutsbezirk Krzanowiz wird auf Grund des Titels IV §. 128 der Landgemeindeordnung vom 3ten Juli 1891 folgendes Verbandsstatut vereinbart.

§ 1. Die Gemeinde Krzanowiz und der Gutsbezirk Krzanowiz bilden auch in der Folge zusammen einen einheitlichen Gesamtarmenverband behufs Wahrnehmung der Fürsorge für die öffentliche Armenpflege im Sinne des §. 12 des Gesetzes vom 8ten März 1871 (G.-S. S. 103 ff.) mit dem Sitz der Verwaltung in Czarnowanz.

§. 2. Der Verbandsausschuß, welcher den Namen „Vertretung des Gesamtarmenverbandes“ führt, besteht aus 3 Abgeordneten der Gemeinde Krzanowiz, und dem Besitzer des Gutsbezirks Krzanowiz, bezw. dessen gehörig bestellten Stellvertreter. Die Vertreter der Gemeinde führen ein Jeder eine Stimme, der Vorsteher des Gutsbezirks zwei Stimmen.

§. 3. Abgeordnete der Gemeinde sind:

- a. der Gemeindevorsteher,
- b. 2 von der Gemeindevertretung auf 6 Jahre zu wählende Personen. Wählbar ist jedes zur Uebnahme des Amtes als Gemeindevorordneter befähigte Gemeindemitglied. Die Ausscheidenden bleiben bis zum Eintritt der Neugewählten in Thätigkeit. Der Auftrag erlischt, wenn die Bedingungen der Wählbarkeit nicht mehr vorhanden sind.

§. 4. Die Vertretung des Gesamtarmenver-

bandes wählt einen Verbandsvorsteher aus ihrer Mitte. Verbandsvorsteher können nur solche Personen sein, bei denen die Voraussetzungen zur Uebernahme des Amtes als Gemeinde- oder Gutsvorsteher vorliegen. Die Wahl des Verbandsvorstehers bedarf, wenn derselbe nicht zugleich Gemeinde-, Guts- oder Amtsvorsteher ist, der Bestätigung durch den Landrath unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des §. 84 der L.-G.-O. Wird gegen die Gültigkeit der Wahl eines Verbandsvorstehers oder Stellvertreters, welcher einer besonderen Bestätigung nicht bedarf, Einspruch erhoben, so entscheidet hierüber die Versammlung der Verbandsmitglieder. Gegen den Beschluß findet die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt. Dem Verbandsvorsteher kann eine Dienstunkostenentschädigung gewährt werden.

§. 5. Die Vertretung des Gesamttarmenverbandes versammelt sich unter dem Vorsitz des Verbandsvorstehers in dem von ihr zu bestimmenden Lokale innerhalb des Verbandsbezirks, so oft sie vom Verbandsvorsteher dazu berufen wird. Der Letztere ist zur Berufung verpflichtet, wenn dies von Mitgliedern, welche den vierten Theil der Stimmen vertreten, unter Angabe des Zweckes verlangt wird. Die Vertretung des Gesamttarmenverbandes beschließt nach Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Zur Fassung gültiger Beschlüsse bedarf es der Anwesenheit so vieler Mitglieder, daß wenigstens die Hälfte der Stimmen der Verbandsmitglieder vertreten ist. Bei Wahlen finden die Bestimmungen des §. 76 der L.-G.-O. Anwendung.

§. 6. Der Vertretung des Gesamttarmenverbandes stehen in Beziehung auf die Verwaltung der gemeinsamen Armenpflege die Rechte der Gemeindevertretung, dem Verbandsvorsteher aber die Rechte des Gemeindevorstehers zu. Der Verbandsvorsteher bringt die Beschlüsse zur Ausführung und führt unter seiner Unterschrift die laufende Correspondenz. Zu Akten, durch welche der Verband rechtliche Verpflichtung übernimmt, desgleichen zu Vollmachten, ist die Unterschrift des Vorstehers und eines vom Verbandsausschuß bestimmten zweiten Mitgliedes erforderlich.

§. 7. Insofern die Einnahmen aus Armengesällen oder Armenfonds zur Deckung der Kosten der gemeinsamen Armenpflege nicht ausreichen, werden die Ausgaben auf die zum Verbande gehörigen Gemeinden und Gutsbezirke unter Zugrundelegung der in den Gemeindebezirken und dem Gutsbezirke zu entrichtenden direkten Staatssteuern unter Berücksichtigung der nach Maßgabe des Gesetzes vom 27ten Juli 1885 fingirt in veranlagenden Steuerfäge der im §. 1 a. a. O. bezeichneten Personengesamtheiten, juristischen und physischen Personen, sowie der nach §. 74 des Einkommensteuergesetzes vom 24ten Juni 1891 fingirt zu veranlagenden

Steuerbeträge der Personen mit nicht mehr als 900 Mark Einkommen von dem Verbandsvorsteher vertheilt. Das Einkommen, welches aus außerhalb belegenem Grundbesitz oder betriebnem Gewerbe fließt, ist hierbei außer Ansatz zu lassen.

§. 8. Die in §. 7 festgestellten Antheile der Gemeinden werden innerhalb der letzteren nach Maßgabe der Gemeindeabgabenverfassung von der Gemeindebehörde vertheilt. Hinsichtlich des auf den Gutsbezirk fallenden Antheils kommt der §. 8 des Gesetzes vom 8ten März 1871 zur Anwendung.

§. 9. Die veranlagten Beträge sind zu den von dem Verbandsausschuße festzusetzenden Terminen an die Kasse des Verbandes abzuführen.

Auf Beschwerden und Einsprüche betreffend

- a. das Recht zur Mitbenützung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Verbandes,
- b. der Heranziehung der einzelnen Gemeinden und selbstständigen Gutsbezirke zu den Beiträgen für Armenverbandszwecke beschließt der Verbandsvorsteher.

Gegen den Beschluß steht dem Kläger das Verwaltungsstreit-Verfahren in Gemäßheit der §§. 9 und 38 der L.-G.-O. offen.

§. 10. Dieses Statut tritt am ersten Juli 1893 in Kraft.

Dasselbe ist durch das Regierungs-Amtsblatt und das Kreisblatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

§. 11. Ueber Abänderung dieses Statuts beschließt der Verbandsausschuß. Die Beschlüsse bedürfen der Bestätigung des Kreis-Ausschusses.

Vereinbart und vollzogen.

Für die Gemeinde

Krzanowiz, den 18. Januar 1893.

gez. Lary. Walecka. Firlus.

Für den Gutsbezirk

Krzanowiz, den 18. Januar 1893.

gez. H. Frost, Gutsvorsteher.

Vorstehendes Statut wird hierdurch von uns bestätigt.

Oppeln, den 25. Mai 1893.

(L. S.)

Für Kreis-Ausschuß.

gez. Gerlach. v. Donat. Unger.

724.

Statut

für den Gesamttarmenverband Czarnowanz.

Von der Gemeinde Czarnowanz und dem Gutsbezirk Czarnowanz wird auf Grund des Titels IV §. 128 der Landgemeindeordnung vom 3ten Juli 1891 folgendes Verbandsstatut vereinbart.

§. 1. Die Gemeinde Czarnowanz und der Gutsbezirk Czarnowanz bilden auch in der Folge zusammen einen einheitlichen Gesamttarmenverband behufs Wahrnehmung der Fürsorge für die öffentliche Armenpflege im Sinne des §. 12 des Gesetzes vom 8ten März 1871 (G.-S. S. 103 ff.) mit dem Sitze der Verwaltung in Czarnowanz.

§. 2. Der Verbandsausschuß, welcher den Namen „Vertretung des Gesamttarmenverbandes“ führt,

besteht aus 4 Abgeordneten der Gemeinde Czarnowanz und dem Vorsteher des Gutsbezirks Czarnowanz bezw. dessen gehörig bestellten Stellvertreter. Die Vertreter der Gemeinde führen ein Jeder eine Stimme, der Vorsteher des Gutsbezirks zwei Stimmen.

§. 3. Abgeordnete der Gemeinde sind

- a. der Gemeindevorsteher,
- b. 3 von der Gemeindevertretung auf 6 Jahre zu wählende Personen.

Wählbar ist jedes zur Uebernahme des Amtes als Gemeindeverordneter befähigte Gemeindemitglied. Die Ausscheidenden bleiben bis zum Eintritt der Neugewählten in Thätigkeit. Der Auftrag erlischt, wenn die Bedingungen der Wählbarkeit nicht mehr vorhanden sind.

§. 4. Die Vertretung des Gesamtarmenverbandes wählt einen Verbandsvorsteher aus ihrer Mitte. Verbandsvorsteher können nur solche Personen sein, bei denen die Voraussetzungen zur Uebernahme des Amtes als Gemeinde- oder Gutsvorsteher vorliegen. Die Wahl des Verbandsvorstehers bedarf, wenn der Gewählte nicht zugleich Gemeinde-, Guts- oder Amtsvorsteher ist, der Bestätigung durch den Landrath unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des §. 84 der Landgemeinde-Ordnung. Wird gegen die Gültigkeit der Wahl eines Verbandsvorstehers oder Stellvertreters, welcher einer besonderen Bestätigung nicht bedarf, Einspruch erhoben, so entscheidet hierüber die Versammlung der Verbandsmitglieder. Gegen den Beschluß findet die Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt.

Dem Verbandsvorsteher kann eine Dienstunkosten-Entschädigung gewährt werden.

§. 5. Die Vertretung des Gesamtarmenverbandes versammelt sich unter dem Vorsitz des Verbandsvorstehers in dem von ihr zu bestimmenden Lokale innerhalb des Verbandsbezirks, so oft sie vom Verbandsvorsteher dazu berufen wird. Der Letztere ist zur Verurteilung verpflichtet, wenn dies von Mitgliedern, welche den vierten Theil der Stimmen vertreten, unter Angabe des Zweckes verlangt wird.

Die Vertretung des Gesamtarmenverbandes beschließt nach Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Zur Fassung gültiger Beschlüsse bedarf es der Anwesenheit so vieler Mitglieder, daß wenigstens die Hälfte der Stimmen der Verbandsmitglieder vertreten ist. Bei Wahlen finden die Bestimmungen des §. 76 Landgemeinde-Ordnung Anwendung.

§. 6. Der Vertretung des Gesamtarmenverbandes stehen in Beziehung auf die Verwaltung der gemeinsamen Armenpflege die Rechte der Gemeindevertretung, dem Verbandsvorsteher aber die Rechte des Gemeindevorstehers zu. Der Verbandsvorsteher bringt die Beschlüsse zur Ausführung und führt unter seiner Unterschrift die laufende Correspondenz. Zu Urkunden, durch welche der Verband rechtliche Verpflichtung übernimmt, desgleichen zu Vollmachten, ist die Unter-

schrift des Vorstehers und eines vom Verbandsausschuß bestimmten zweiten Mitgliedes erforderlich.

§. 7. In soweit die Einnahmen aus Armen- gesällen oder Armenfonds zur Deckung der Kosten der gemeinsamen Armenpflege nicht ausreichen, werden die Ausgaben auf die zum Verbande gehörigen Gemeinden und Gutsbezirke unter Zugrundelegung der in den Gemeindebezirken und dem Gutsbezirke zu entrichtenden directen Staatssteuern unter Mitberücksichtigung der nach Maßgabe des Gesetzes vom 27ten Juli 1885 fingirt zu veranlagenden Steuersätze der im §. 1 a a. O. bezeichneten Personengesamtheiten, juristischen und physischen Personen, sowie der nach §. 74 des Einkommensteuergesetzes vom 24ten Juni 1891 fingirt zu veranlagenden Steuerbeträge der Personen mit nicht mehr als 900 Mark Einkommen von dem Verbandsvorsteher vertheilt. Das Einkommen, welches aus außerhalb belegenen Grundbesitz oder betriebenen Gewerbe fließt, ist hierbei außer Aufschlag zu lassen.

§. 8. Die in Gemäßheit des §. 7 festgestellten Antheile der Gemeinde werden innerhalb der letzteren nach Maßgabe der Gemeindeabgabenverfassung von der Gemeindebehörde vertheilt. Hinsichtlich des auf den Gutsbezirk fallenden Antheils kommt der §. 8 des Gesetzes vom 8ten März 1871 zur Anwendung.

§. 9. Die veranlagten Beträge sind zu den von dem Verbandsausschuße festzusetzenden Terminen an die Kasse des Verbandes abzuführen.

Auf Beschwerden und Einsprüche betreffend

- a. das Recht zur Mitbenützung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Verbandes,
- b. der Heranziehung der einzelnen Gemeinden und selbstständigen Gutsbezirke zu den Beiträgen für Armenverbandszwecke,

beschließt der Verbandsvorsteher.

Gegen den Beschluß steht dem Kläger das Verwaltungsstreitverfahren in Gemäßheit der §§. 9 und 38 der V.-G.-O. offen.

§. 10. Dieses Statut tritt am ersten Juli 1893 in Kraft. Dasselbe ist durch das Regierungs-Amtsblatt und das Kreisblatt zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

§. 11. Ueber Abänderung dieses Statuts beschließt der Verbandsausschuß. Die Beschlüsse bedürfen der Bestätigung des Kreis-Ausschusses.

Vereinbart und vollzogen.

Für die Gemeinde

Czarnowanz, den 18. Januar 1893.
gez. Junger. Slotta. Schmierz. Gabriel.

Für den Gutsbezirk

Czarnowanz, den 18. Januar 1893.
gez. H. Frost Gutsvorsteher.

Vorstehendes Statut wird hierdurch von uns bestätigt.
Oppeln, den 25. Mai 1893

(L. S.) Der Kreis-Ausschuß.

gez. Gerlach. v. Donat. Unger.

Statut

für den Gesamt-Armenverband Brzesowiz.

§. 1. Die Gemeinde Brzesowiz und der Gutsbezirk gleichen Namens werden zu einem einheitlichen Gesamt-Armenverband mit dem Sitz der Verwaltung in Brzesowiz verbunden. (§. 3 des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 3ten Juni 1870; §§. 9 ff. des Ausführungsgesetzes vom 8ten März 1871 bezw. §§. 131 ff. der Landgemeindeordnung vom 3ten Juli 1891).

§. 2. Die Vertretung des Gesamt-Armenverbandes (Verbandsausschuß) besteht aus 1 Abgeordneten der Gemeinde Brzesowiz und aus 2 Abgeordneten des Gutsbezirks Brzesowiz.

§. 3. Abgeordnete der Gemeinde ist der Gemeindevorsteher.

§. 4. Abgeordnete des Gutsbezirks sind:

- a. eine von dem Gutsbesitzer zu entsendende Person,
- b. eine nach der Vorschrift im §. 3 des Unterstatuts für den Gutsbezirk Brzesowiz vom 10ten August 1885 zu wählende Person.

§. 5. Als Abgeordnete des Gutsbezirks und als Stellvertreter derselben werden nur volljährige Personen männlichen Geschlechts zugelassen, welche die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen.

§. 6. Der Verbandsausschuß wählt einen Vorsteher und einen stellvertretenden Vorsteher in der Regel aus seiner Mitte. Verbandsvorsteher können nur solche Personen sein, bei welchen die Voraussetzungen zur Uebernahme des Amtes als Gemeinde- oder Gutsvorsteher vorliegen. Dem Vorsteher kann eine Dienstunkosten-Entschädigung gewährt werden.

§. 7. Die Wahl des Verbandsvorstehers bedarf, wenn der Gewählte nicht zugleich Gemeinde-, Guts- oder Amtsvorsteher ist, der Bestätigung durch den Landrath unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des §. 84 der Landgemeindeordnung vom 3ten Juli 1891.

Wird gegen die Giltigkeit der Wahl eines Verbandsvorstehers, welcher nach der vorstehenden Bestimmung einer besonderen Bestätigung nicht bedarf, Einspruch erhoben, so entscheidet hierüber die Versammlung der Verbandsmitglieder. Gegen den Beschluß findet Klage im Verwaltungsstreitverfahren statt.

§. 8. Der Verbandsausschuß versammelt sich in dem von ihm zu bestimmenden Locale innerhalb des Verbandsbezirks, so oft er vom Vorsteher berufen wird. Der Vorsteher ist zur Berufung verpflichtet, wenn ein oder mehrere zur Führung von 2 Stimmen berechnigte Mitglieder es verlangen.

Der Verbandsausschuß beschließt nach Stimmeneinheit; bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Bei Wahlen wird nach Maßgabe der Gemeindeverfassung verfahren.

§. 9. Dem Verbandsausschuß stehen in Beziehung auf die Verwaltung der gemeinsamen Armen-

pflege die Rechte der Gemeindevertretung, dem Vorsteher aber die Rechte des Gemeindevorstehers zu.

Der Vorsteher bringt die Beschlüsse zur Ausführung und führt unter seiner Unterschrift die laufende Correspondenz. Er vertritt den Gesamt-Armenverband nach außen. Zu Urkunden, durch welche der Verband rechtliche Verpflichtungen übernehmen soll, ist die Mitunterschrift noch eines Mitgliedes erforderlich.

§. 10. Insoweit die Einnahmen aus Armenfonds oder Armengefallen zur Deckung der Kosten der gemeinsamen Armenpflege nicht ausreichen, erfolgt die Vertheilung dieser Kosten auf die Gemeinde Brzesowiz einerseits, und auf den Gutsbezirk gleichen Namens andererseits nach Maßgabe der Bestimmung des §. 10 des Gesetzes vom 8ten März 1871, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 3ten Juni 1870.

§. 11. Der hiernach sich ergebende Antheil der Gemeinde Brzesowiz wird innerhalb der letzteren nach Maßgabe der Gemeindeverfassung von der Gemeindebehörde vertheilt und an die Kasse des Gesamt-Armenverbandes abgeführt. Ueber die Führung der Kasse wird von dem Verbandsausschuß Beschluß gefaßt.

§. 12. Hinsichtlich des auf den Gutsbezirk Brzesowiz fallenden Antheils kommt der §. 8 des Gesetzes vom 8ten März 1871 zur Anwendung.

§. 13. Auf Beschwerden und Einsprüche betreffend

- 1) das Recht zur Mitbenutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Verbandes,
- 2) die Heranziehung der einzelnen Gemeinden und selbstständigen Gutsbezirke zu den Beiträgen für Verbandszwecke beschließt der Verbandsvorsteher. Die Rechtsmittel und das Verfahren regeln sich nach §§. 9 und 38 der Landgemeindeordnung vom 3ten Juli 1891.

§. 14. Das gegenwärtige Statut kann durch verfassungsmäßigen, vom Kreis-Ausschuß bestätigten Beschluß des Gesamt-Armenverbandes, in Ermangelung eines solchen Beschlusses aber nur gemäß den Vorschriften der §§. 128, 137 der Landgemeindeordnung vom 3ten Juli 1891 abgeändert werden.

Brzesowiz, den 10. Februar 1893.

Der Vorstand
des Gesamt-Armenverbandes Brzesowiz.

(gez.) Kruppa. Mika. Praez.

Vorstehendes gemäß §. 131 Absatz I der Landgemeindeordnung vom 3ten Juli 1891 abgeänderte Statut des Gesamt-Armenverbandes Brzesowiz genehmigen wir hiermit.

Carlshof, am 11. März 1893.

General-Direction

(der Grafen Hugo, Lutz, Arthur

Henckel von Donnerstern.

(gez.) Bitta.

Vorstehendes Statut genehmigt hiermit
Brzeszowiz, den 15. März 1893.
Der Gemeinde-Vorstand.
(gez.) Kruppa.

Die Verbindung von Gut und Gemeinde Brzeszowiz zu einem Gesamt-Armenverband nach Maßgabe des vorliegenden Statuts wird gemäß § 128 der Landgemeinde-Ordnung vom 3ten Juli 1891 beschlossen.

Beuthen O.S., den 21. März 1893.
(L. S.) Der Kreisaußschuß.
(gez.) Wiesand.

Ausbruch und Erlöschen von Viehsuchen. Kopfrankheit.

735. Es wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die Kopfrankheit unter den Pferden des Fuhrwerksbesizers Jacob Neuländer hier, Hütterstraße, ausgebrochen ist.

Olewis, den 30. Juni 1893.

Die Polizei Verwaltung.

Personal-Chronik.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium zu Breslau.

736. Ernannt: der commissarische Lehrer Paul Wilde vom 1sten Juli cr. ab zum Hilfslehrer an dem Schullehrer-Seminar zu Breslau.

Breslau, den 25. Juni 1893.

Königliche Regierung.

738. Des Königs Majestät haben den Vorsitzenden der Einkommensteuer-Berantlagungs-Commission für die Kreise Kreuzburg, Rosenberg und Lublitz, Amtsrichter Heinke in Kreuzburg Allergnädigst zum Regierungs-Rath zu ernennen geruht, in welcher Eigenschaft derselbe nunmehr definitiv in die Verwaltung der direkten Steuern übernommen worden ist.

Ernannt: der Oberbuchhalter Wontropka

zum Landrentmeister und Rentanten der Königlichen Regierungshauptkasse zu Oppeln.

Bestätigt: die Wiederwahl des bisherigen Beigeordneten, Wagenbauer Oppawsky zu Sobrau O.S.

Versetzt: der Förster Wittwer von Grabczof auf die Försterstelle zu Christinenhof, Oberförsterei Bodland.

Ernannt: der Forstaussseher Henkel zu Chroschütz zum Förster unter Uebertragung der Försterstelle zu Grabczof, Oberförsterei Winow.

Uebertragen: dem Privatförster Hannemann die probeweise Verwaltung der Waldwärterstelle zu Kotschanowiz, Oberförsterei Bodland.

741. Personalveränderungen im Ober-Postdirektionsbezirk Oppeln.

Angenommen zu Postanwärttern sind: der Sergeant August Schmidt in Ratibor und Bezirksfeldwebel Paul Wache in Cosel (Schl.).

Angenommen zu Postagenten sind: der Weichensteller Szepontik in Graafe, der Postschaffner i. R. Wyleschol in Rybie (Oberschl.), der Oberförster Robert Gabriel in Zyrowa (Kr. Groß-Strehlik) und der Gendarm-Ober-Wachtmeister a. D. Winterfeldt in Bogutschütz.

Angestellt sind als Postassistenten: die Postanwärter Gullmann in Rybnik und Baleszki in Wyßlowitz,

als Telegraphenassistent: der Telegraphen-anwärter Beyer in Ratibor (Oberschl.).

Freiwillig ausgeschieden sind: die Postagenten Heißig in Wielau (Kr. Neisse) und Franzel in Bogutschütz.

Gestorben sind: die Postagenten Philipp in Kalinowiz und Linz in Malinowiz, sowie der Postsecretair Schaelich in Neisse.

Oppeln, den 2. Juli 1893.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.

In Vertretung: Kranich.